

taloge von Parlamenten oder über die Parlamente in Transformationsstaaten, um ein paar Beispiele herauszugreifen, ist mit dem Band gut bedient. Die Fallbeispiele, derer sich der Autor zur Illustrierung seiner Argumentation bedient, sind – natürlich – das britische Unterhaus, auch der Deutsche Bundestag und der US-Kongress sowie die französische Nationalversammlung und das Europäische Parlament. Die heikle Frage nach der Existenz semi-präsidentieller Systeme wird zwar erörtert, aber nicht klar beantwortet. Die Position des Autors erfährt der Leser nicht. Das Kapitel über „Parlamentarismuskritik“ mit Ausführungen zu *Carl Schmitt* und *Johannes Agnoli*² hätte ebenso eine Vertiefung verdient wie der Abschnitt über „Parlamentarismus‘ in nicht-demokratischen Systemen“. Ausführungen zu den Herausforderungen des Parlamentarismus (zum Beispiel Globalisierung und Entwicklung hin zu einer „Mediendemokratie“) kommen etwas zu kurz.

„Mir geht es nicht nur darum, Erkenntnisse der Parlamentarismusforschung für Interessierte zusammenzustellen und verdaubar zu machen. Darüber hinaus sollen Fragen leitend sein, die Anschlusspunkte für weitere Auseinandersetzung bieten: Wie hat sich der Parlamentarismus gewandelt? Welche Veränderungen stehen ihm noch bevor? Hat Parlamentarismus eine Zukunft und – wenn ja – welche?“ (S. 18) Diesen Anspruch, der in den Fragen aufscheint, löst der Verfasser nicht ganz ein. Dies ist auch keineswegs die Aufgabe einer derartigen Einführung in den Parlamentarismus. Um eine solche handelt es sich – nicht mehr und nicht weniger.

Eckhard Jesse

2 Vgl. weiterführend Wolfgang Kraushaar, *Agnoli*, die APO und der konstitutive Illiberalismus seiner Parlamentarismuskritik, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 160 – 179; siehe dazu auch Uwe ThaySEN / Jürgen W. Falter, *Fraenkel versus Agnoli?* Oder: Was ist aus der „Parlamentsverdrossenheit“ der 60er Jahre für die heutige „Postparlamentarismus“-Diskussion zu lernen?, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 2, S. 401 – 413.

Frankreich: das politische System im aktuellen Überblick

Kempf, Udo: *Das politische System Frankreichs*, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, 467 Seiten, € 29,90.

Udo Kempf behandelt in der vierten Auflage dieses Buches – die vorige Auflage war 1997 unter dem Obertitel „Von de Gaulle bis Chirac“ erschienen – Verfassungsnorm und Verfassungspraxis des politischen Systems Frankreichs bis zum Ende der zwölf Jahre währenden Präsidentschaft Jacques Chiracs. 1995 ins Amt gekommen, war dieser nach der Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre 2002 wieder gewählt worden. Chirac verzichtete auf eine – rechtlich mögliche – abermalige Kandidatur, womit der Weg frei war für seinen von ihm nicht als Nachfolger gewünschten Innenminister Nicolas Sarkozy, dem es als Vorsitzenden der neogaullistischen Regierungspartei Union pour un Mouvement Populaire (UMP) gelungen war, die Parteibasis an sich zu binden.

Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt, ohne dass die regionalen und kommunalen Organe, deren Wahl und Kompetenzen vernachlässigt würden, auf den zentralen politischen Institutionen: Staatspräsident, Regierung und Parlament – gemäß der von der Verfassung vorgegebenen Reihenfolge und damit Rangordnung. Daraus folgt erstens die Charakterisierung des französischen politischen Systems als „parlamentarisches System mit Präsidialdominanz“ (Winfried Steffani) und zweitens als System des „rationalisierten Parlamentarismus“, was unter anderem in der Beherrschung des Gesetzgebungsprozesses durch den Premierminister und im Recht der Regierung, primäre Rechtsnormen auf dem Verordnungsweg zu erlassen, zum Ausdruck kommt.

Im Verhältnis zum Staatspräsidenten war die Regierung außer in Phasen der Cohabitation auf die Rolle eines „Erfüllungsgehilfen“ reduziert – die Premiers verstanden sich, wie Kempf mit zahlreichen Beispielen belegt, als gehorsame „erste Mitarbeiter des Staatschefs“ (S. 85). Das Ausmaß des Handlungsspielraums der Regierung hing allerdings immer davon ab, ob Präsident und Parlamentsmehrheit parteipolitisch identisch waren oder unterschiedlichen politisch-ideologischen Lagern angehörten. Im letzteren Fall – so auch von 1997 bis 2002 – waren beide auf eine Cohabitation angewiesen, wobei sich der Präsident im Wesentlichen auf die Wahrnehmung seiner Prärogativen im Rahmen seiner „domaine réservé“ – der Außen- und Verteidigungspolitik – beschränkte und der Regierung in innenpolitischen Fragen weitgehend freie Hand ließ. Für unpopuläres Regierungshandeln, auch des Präsidenten, muss der Premier den Kopf hinhalten, was sich im häufigen Wechsel in diesem Amt niederschlägt – das höchste Staatsamt gilt als unantastbar. Im Falle des Gesetzesvorhabens zur Lockerung des Kündigungsschutzes für Berufsanfänger im Frühjahr 2006 lavierte Chirac zwischen dem Premier und den Protestlern und desavouierte schließlich den damaligen Premier Dominique de Villepin, der dann auch die Unterstützung der Mehrheitsfraktion verlor.

In der Regel war indessen das von der Verfassung auf Kooperation angelegte Verhältnis der „doppelköpfigen Exekutive“ von gegenseitigem Respekt gekennzeichnet, so dass die Funktionsfähigkeit der Staatsgewalt auch in Phasen der Cohabitation gewährleistet war.

Detailliert befasst sich Kempf mit einem weiteren Merkmal des politischen Systems Frankreichs: der – seit 1962 – bipolaren Struktur des Parteiensystems, dessen Aufspaltung in ein rechtes und ein linkes Lager. Ersteres bildet nach mehreren Umbenennungen derzeit im Wesentlichen die UMP, letzteres im Kern die Parti Socialiste (PS). In Anbetracht dieser Polarisierung kann sich die politische Mitte, in Gestalt der Union pour la Démocratie Française (UDF), nicht behaupten, wie jüngst die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zeigten. Der Kandidat der UDF, François Bayrou, konnte im ersten Wahlgang mit 18,5 Prozent der Stimmen zwar einen Achtungserfolg verbuchen, als Drittplatzierter bei der Stichwahl zwischen dem UMP-Kandidaten Nicolas Sarkozy und der PS-Kandidatin Ségolène Royal aber nicht antreten; die Partei gewann bei der Wahl zur Nationalversammlung zudem nur 7,8 Prozent der Stimmen. Im Richtungsstreit zwischen den beiden großen Lagern erwies sich Bayrous Slogan „weder links noch rechts“ für die Wähler als wenig attraktiv, womit sich Kempfs Einschätzung, dass im französischen Parteienspektrum für eine dritte Kraft kein Platz sei, bestätigte.

Während die UMP geschlossen agiert, ist die PS zerstritten. Nach dem desaströsen Abschneiden bei der Präsidentschaftswahl 2002 – ihr Kandidat Lionel Jospin erhielt im ersten Wahlgang nur 16,2 Prozent der Stimmen – war sie in eine tiefe Krise geraten. Die uneinheitliche Position zur Europäischen Verfassung, das Personengeschacher um die Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2007 und die verschwommene Programmatik trugen zum ne-

gativen Erscheinungsbild der Partei bei. Die Uneinigkeit innerhalb der PS nutzend, betraute *Sarkozy* den Sozialisten *Bernard Kouchner* mit dem Amt des Außenministers, dessen Parteifreund *Jacques Lang* berief er zum Mitglied der Kommission für die Verfassungsreform, womit er auf eine weitere Schwächung der Linken oder auf deren Neutralisierung im politischen Kräftespiel abgezielt haben dürfte.

Der Grad an Stabilität des politischen Systems Frankreichs und dessen Gestaltungsspielraum bei der Bewältigung innerer und äußerer Herausforderungen bemisst sich freilich nicht am Erscheinungsbild der Parteien, sondern am Grad der Akzeptanz der politischen Institutionen durch die Bürger. *Kempf* konstatiert auf der Grundlage von Umfragen ein starkes Vertrauen in die Republik mit ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität sowie ein klares Bekenntnis zur französischen Nation; aber auch Skepsis gegenüber dem als allzu mächtig und anonym empfundenen Staat, von dem die Bürger die Lösung ihrer Probleme erwarten. Ferner gibt es eine Abneigung gegen die politischen Parteien und aufgrund ihrer elitären Ausbildung ein Misstrauen gegen die politische Klasse (die „hommes politiques“). Diese ließe es an Sensibilität für die Alltagssorgen der Bürger und an Konsultationsbereitschaft fehlen, was der Soziologe *Pierre Bourdieu* als „Arroganz des Staatsadels“ tadelte.

In den Kapiteln zur Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik behandelt *Kempf* anhand neuer Zahlen den demographischen Wandel, Probleme der Einwanderung (Radikalisierung der muslimischen Franzosen), die Folgen der Globalisierung und der hausgemachten Fehler für die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt (hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen), die ausufernde Kriminalität (Bandenunwesen), das große Haushaltsdefizit, die desolate Lage der Rentenkassen, die Konzentrationsprozesse im Pressewesen sowie die soziale Auslese durch das stark differenzierte (Aus-)Bildungssystem.

Jacques Chirac – in den letzten Jahren mehr auf quasi monarchisches Repräsentieren, vor allem nach außen, bedacht als auf entschlossenes Regieren – hat einen Reformstau hinterlassen. Ihn aufzulösen hat sich sein durch Hyperaktivismus und Ubiquität glänzender Amtsnachfolger *Nicolas Sarkozy* als Aufgabe gestellt, um Frankreich für das 21. Jahrhundert „fit zu machen“. Dabei lässt er es nicht an Deutlichkeit fehlen, wer in der Politik das Sagen hat: er, der Präsident der Republik. Frankreich im Umbruch (?) – das bietet reichlich Stoff für eine fünfte Auflage dieser zuverlässig über unser Nachbarland informierenden Publikation.

Robert K. Furtak

Die französische Nationalversammlung und die EU: erfolgreiche Anpassung

Stanat, Markus: Die französische Nationalversammlung und die Europäische Union. Zwischen parlamentarischer Tradition und europäischer Integration (Forschungen zur europäischen Integration, Bd. 13), VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, 334 Seiten, € 39,90.

Dass tatsächliche oder erfundene Traditionen durch Wiederholung erlernt werden können, ist eine der bekannten Thesen des englischen Historikers *Eric Hobsbawm*. Auch die Verfassung der V. Republik Frankreichs kann man als eine „erfundene“ Tradition verstehen, die nunmehr im Bestand der Politischen Kultur angekommen ist. Dies zumindest legt die Mo-